

Position des Romano-Bündnis (Berlin) zum „Berliner Aktionsplan zur (gegen die) Einbeziehung ausländischer Roma“

Der Senat hat am 16.07.2013 den so genannten „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ beschlossen (<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/berichte/index.html>). Laut Senat ist dieser das Ergebnis von „Abstimmungsprozessen“ zwischen Senat, Bezirken und NGOs. Die dafür eigens gegründete ressortübergreifende so genannte „Lenkungsgruppe Roma“ führte mehrere Sitzungen durch und war auch „offen“ für „Roma-Organisationen“. (vgl. S. Aktionsplan, S. 4f).

Nicht erwähnt wird jedoch, dass im September 2012 Vertreter_innen der Berliner Roma-Selbstorganisationen Roma Informations Centrum e.V., Roma Aether Klub Theater, Roma Kultur Rad sowie Mitarbeiter_innen der Jugendselforganisation von Roma und Nichtroma Amaro Foro, die Sitzung unter spontanem Protest geschlossen verlassen haben. Zudem reichten mehrere Selbstorganisationen kritische Stellungnahmen zum bis dato durchgeführten Verfahren ein. Sie kritisierten u.a. die fehlende gleichberechtigte Einbeziehung von Roma-Selbstorganisationen auf allen Ebenen der Konzipierung und Projektförderung, die hohe Intransparenz der Verfahrensweisen sowie einzelne diskriminierende und homogenisierende Inhalte der so genannten „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“.

In der Zwischenzeit hat sich ein Berliner Bündnis von Roma-Selbstorganisationen gebildet, um ein Gegengewicht zu dieser paternalistischen Roma-bezogenen Politik und -Projektförderung zu bilden. (<http://inirromnja.wordpress.com/>)

Der nunmehr beschlossene „Aktionsplan“ folgt aus unserer Sicht fast bruchlos der eben beschriebenen Strategie der Nicht-Einbeziehung und damit einer *Fürsorgepolitik*. Er fördert eine „Roma-Klientelisierung“, die ganz sicher für die betroffenen Menschen *keinen* nachhaltigen Ausweg aus dem Kreislauf von Diskriminierung, rassistischer Verfolgung und Marginalisierung bietet.

Wir lehnen keinesfalls soziale Arbeit als gesellschaftliches Betätigungsfeld oder Grundrechte auf soziale Versorgung sowie pädagogische Betreuung von und für Sinti und Roma ab, denn Bürger- und Menschenrechte sind unteilbar! Wir wenden uns jedoch auch deutlich gegen einen Aktionsplan, der das Wort „Einbeziehung“ im Titel führt und dann schwerpunktmäßig die „Lösung sozialer Probleme“ thematisiert. Denn die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum größten Teil *defizitorientiert* und vielfach *direkt diskriminierend*. Auch wenn immer wieder einzelne Abschnitte des Schriftstücks inhaltlich eine andere Positionierung des Senats vorgeben, *ethnisieren* sie soziale Probleme. Diese Positionierung, z.B. wenn auf die deutsche Verantwortung gegenüber Sinti und Roma aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands verwiesen wird (vgl. Aktionsplan, S. 3), trägt für uns den Charakter folgenloser Absichtserklärungen. Unsere Gründe für diese Einschätzung werden im Folgenden an ausgewählten Beispielen erläutert:

„Handlungsfeld: Bildung, Jugend und Ausbildungschancen“ (Aktionsplan, S. 6ff)

In diesem Abschnitt wird u.a. festgestellt, dass „*Inbesondere für Kinder und Jugendliche aus Roma Familien (...) die Beschulung in kleinen Lerngruppen mit Unterricht, der den heterogenen Bedarf der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, inklusive ggf. einer nachholenden Alphabetisierung, eine wichtige Voraussetzung für anschließende Integration in den Klassen*“. ist (S. 7). Dazu wurde schon 2011 die „neue Klassenart ‚Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse‘“ geschaffen (S. 6). Wir fragen uns: Weshalb sind insbesondere für Roma-Kinder kleine Lerngruppen erforderlich? Haben nur Roma-Kinder einen heterogenen Bedarf? Im nachfolgenden Text werden weder die Einrichtung segregierender Klassen problematisiert noch eine anzustrebende Inklusion *aller* Kinder betont. Der professionelle Umgang mit Heterogenität in Unterricht und Schulalltag ist an sich eine pädagogische

Selbstverständlichkeit und sollte nicht ethnisierend begründet werden. Vielmehr sind Schulen personell und regelfinanziert besser auszustatten. Durch zusätzliche Angebote können neuzugewanderte Kinder in Nichtsegregierten Klassen ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden.

„Handlungsfeld: Gesundheitliche Versorgung und Soziales“ (Aktionsplan, S. 8ff)

In diesem Handlungsfeld wird u.a. als *erstes* Handlungsziel die „Sicherstellung notwendiger Schutzimpfungen“ als „eminent wichtige gesundheitspolitische Maßnahme“ genannt (S. 10). Deutschland steht aufgrund großer Impflücken regelmäßig unter Kritik der WHO. Erst kürzlich wurden die mangelhaften Durchimpfungsraten gegen Masern (insbesondere im deutschen Bildungsbürgertum) medial breit diskutiert. Auch hier sind aus unserer Sicht die Gesundheitsämter angehalten, die üblichen und regelfinanzierten Maßnahmen zu ergreifen. Eine „Einbeziehung ausländischer Roma“ hat aus unserer Sicht mit der Erfüllung von Impfnormen nichts zu tun. Vielmehr werden hier einerseits ganz klar tradierte und antiziganistische Stereotypen bedient und auch noch im Jahr 2013 fortgeschrieben! Andererseits sind rechtliche und strukturelle Bedingungen zu verändern, um Krankenversicherungsschutz für *alle* hier lebenden Menschen zu gewährleisten. Auch auf die Thematisierung von Tuberkuloseerkrankungen, Prostitution und häuslicher Gewalt trifft dies aus unserer Sicht zu. Alle diese Themen sind klar negativ besetzt, sie schüren Ängste und werden mit dem „Aktionsplan“ kollektiv *den* Roma zugeschrieben.

„Handlungsfeld: Integrationsperspektiven – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ (Aktionsplan, S. 12ff)

Bemerkenswert ist aus unserer Sicht, dass dies das *letzte* Handlungsfeld im Plan ist, obwohl es für eine „Einbeziehung“ die größte Relevanz hat. Noch dazu erfolgen gleich im *ersten* Satz klare Schuldzuweisungen, wenn es heißt: „Roma haben oftmals ein großes Misstrauen gegenüber Behörden und staatlichen Institutionen“. (S. 13) Ahistorisch, homogenisierend und ohne erkennbare Kenntnis von rassistischen Praxen und deren Folgen wird hier konkrete staatliche und gesellschaftliche Verantwortung aufgegeben. Gleichzeitig folgt eine pauschalisierende und ebenfalls defizitorientierte Einschätzung der Roma-Selbstorganisationen. Die darauffolgenden allgemeingültigen Sätze über „Diskurse“, „Zuschreibungen“, „Stigmatisierungen“, „Mechanismen der Ausgrenzung“ usw. (S. 13) sind unserer Ansicht nach reine Staffage! Denn die von uns zwar geteilte Einschätzung, dass Roma-Selbstorganisationen in der Hauptstadt ständig um ihr Überleben kämpfen müssen, wird in keinerlei Bezug zu gesellschaftlich etablierten und verfestigten (Ausschluss-)Strukturen gesetzt.

Gleichwohl begrüßen wir vier Maßnahmen aus diesem Abschnitt: Stärkung der Roma-Selbstorganisation und Community Building (1), die zum Teil durch die Jugendselbstorganisation von Roma und Nichtroma „Amaro-Foro“ geführte Anlaufstelle für Roma aus Bulgarien und Rumänien (2), Dokumentation antiziganistischer Vorfälle und Begleitung zu Beratungsinstanzen (3) sowie die Einbeziehung der Thematik von Diskriminierung von Roma und Sinti in laufende Maßnahmen der Landesstelle für Gleichbehandlung- gegen Diskriminierung (LADS) (4) (S. 14f). Letztlich ist jedoch deren *geringe* Gewichtung im Gesamtplan als eine der Kernaussagen des „Aktionsplanes“ zu werten.

Diese Geringschätzung von partizipierenden Maßnahmen zeigt sich ebenfalls beim Thema Arbeitsmarkt. Ein allgemeines Ziel des „Aktionsplanes“ ist es, „(...) die in Berlin lebenden Roma auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes vorzubereiten und nachhaltig einzubeziehen.“ (Aktionsplan, S.5) Dazu soll es u.a. „Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Ausbildung von Neuzuwandernden mit Arbeitsmarktdistanz“ geben. (Aktionsplan, S. 8). In einem Land, wo die Arbeitnehmerfreizügigkeit für rumänische und bulgarische Staatsbürger_innen bis 2014 sowie die Arbeitsaufnahme für

Asylbewerber_innen/Flüchtlinge grundsätzlich beschränkt ist, klingen diese Maßnahmen mehr als zynisch. Geradezu fragwürdig werden sie, wenn sie laut vorgelegten Haushaltsplan mit hohen Summen finanziert werden sollen (Haushaltsplan 2014/2015, S. 09). Auch hier stellt sich die Frage: Weshalb bedarf es bei Roma einer besonderen Maßnahme gegen „Arbeitsmarktdistanz“? Gleichzeitig wird der Bereich des Community Building in dem Haushaltsplan erst gar nicht erwähnt!

Aus unserer Sicht werden im Berliner „Aktionsplan“ Roma kollektiv als Klientel und Empfänger von staatlicher Fürsorge reduziert: arbeitsmarkt- und schuldistanziert, Träger von Infektionskrankheiten, in der Prostitution arbeitend, von häuslicher Gewalt betroffen etc. Gleichzeitig selbstorganisierte Strukturen abzuwerten und nicht als gleichberechtigte Gesprächspartner/innen anzuerkennen, ordnet sich perfekt in diese Logik ein.

Roma sind nicht herkunftsbezogen gewalttätig, krank oder schuldistanziert, aber Roma werden herkunftsbezogen stigmatisiert und diskriminiert! Genau an diesem Punkt kann eine Roma-bezogene Politik ansetzen. Indem er auf eine partizipative Politik und eine Politik der Selbstermächtigung setzt, könnte der Berliner Senat neue und wegweisende Impulse im deutschen Umgang mit Sinti und Roma setzen!

Das Romano-Bündnis fordert vom Senat deshalb nachdrücklich:

- die Herausnahme der ethnisierenden Maßnahmen aus dem Aktionsplan und deren Überleitung in die Regelfinanzierung: Ja! zu menschwürdiger Versorgung, Nein! zu deren Ethnisierung!
- ein angemessenes Budget im aktuellen Haushaltsplan im Bereich Community Building für die Arbeit der Roma-Selbstorganisationen: Nur so kann eine zivilgesellschaftliche Roma-Community in der Stadt wachsen!
- eine gleichberechtigte und transparente Zusammenarbeit mit allen bereits bestehenden Berliner Roma-Selbstorganisationen und –Initiativen
- einen deutlichen inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Antiziganismus

Andersherum bleibt der Senat nur authentisch, wenn er den Aktionsplan in: „Aktionsplan **gegen** die Einbeziehung ausländischer Roma“ umbenennt.

Romano-Bündnis (Berlin) bestehend aus:

Roma Informations Centrum e.V. (<http://roma-info-centrum.de/>)

Roma Aether Klub Theater (www.rromaakt.de/)

IniRromnja (<http://inirromnja.wordpress.com/>)